Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 70 (1991)
Heft: 6

Artikel: Die Sozialdemokratie
Autor: Nowotny, Thomas
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340932

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Sozialdemokratie

«Nachdem es sich gerade einer Ideologie entledigt hat, stellt sich Zentral- und Osteuropa – durchaus mit westlicher Komplizenschaft – die Versuchung einer neuen Ideologie. Sie ist sicher weniger menschenverachtend als die alte. So wie die alte verstellt aber auch sie den Ausblick auf die Wirklichkeit, so verlangt auch sie Opfer nicht unter Verweis auf praktische Notwendigkeiten, sondern unter Verweis auf "eherne Gesetze".»

von Thomas Nowotny
Publizist in Wien.
Der Beitrag wurde für die *Zukunft*, der Monatszeitschrift der Sozialdemokratischen Partei Österreichs verfasst.

Marktwirtschaftliches Ideologisieren und die Lage in Zentral- und Osteuropa

In einem vor etwa zwei Jahren geschriebenen Artikel behauptet der amerikanische Diplomat Fukoyama[1], dass die «Geschichte an ein Ende gelangt sei». Natürlich würde es auch in Zukunft aufsehenerregende Ereignisse geben – eine Revolte da, einen Krieg dort. Aber das sei nicht länger wirklich bedeutsam. Das sei nichts, an dem sich der Weltgeist auf der Sprosse von These, Antithese zu einer neuen Synthese, zu immer neuen Fortschritten emporrankt. Diese Art von Fortschritt sei nun zu Ende. Die letzte grosse Phase einer solchen dialektischen Auseinandersetzung sei abgeschlossen:
Der «Reale Sozialismus» wäre die letzte grosse Antithese zur liberalen Marktwirtschaft und Demokratie gewesen. Er sei nun verschwunden. Ohne eine Antithese zum Bestehenden könnte es aber auch keine «dialektische» Weiterentwicklung der Geschichte geben; – nur ideologisch-politische Langeweile.
Diese Prognose verblüfft. Es lohnt zu analysieren, was sie als gegeben voraussetzt. Sie setzt als gegeben voraus, dass der sogenannte «Reale Sozialismus» wirklich in seinem Anspruch ernst zu nehmen war, eine echte «Antithese», die sich aus der These entwickelt hat; oder wie Marx das sagte – eine «Antithese», die «im Schosse des Kapitalismus» geboren wurde. Aber diese angebliche «Antithese» ist nun nicht, wie von Marx vorhergesagt, im «Schosse des Kapitalismus» entstanden. Seit Lenin hat man ja viel Spitzfindigkeit darauf verwendet, Karl Marx auf den Kopf zu stellen und zu erklären, warum diese angebliche Antithese nicht dort entstanden ist, wo der Kapitalismus – wie in England oder Deutschland – schon weit entwickelt war, sondern in Russland, wo er kaum erst begonnen hatte. Diese Spitzfindigkeiten sind heute als solche erkennbar. Der «Reale Sozialismus» ist eben offensichtlich nicht aus der Höchstentwicklung von Gesellschaften entstanden. Er entspross nicht dem Schoss reicher Industriestaaten; er entstand nicht aus der Dynamik der Modernität, sondern aus Entwicklungsferne, ja Entwicklungsfeindlichkeit. Hans Magnus Enzensberger[2] hat den «Realen Sozialismus» einmal als die «höchste Stufe der Unterentwicklung» bezeichnet. Er hat damit wohl den Nagel auf den Kopf getroffen.
Die These vom «Ende der Geschichte» setzt aber auch noch etwas anderes als gegeben voraus, das durch die Geschichte ebenfalls widerlegt wurde: manchmal hat man ja versucht, die Sozialdemokratie sozusagen als Synthese zwischen dieser These des Kapitalismus und der angeblichen Antithese des Kommunismus zu definieren. Einigen galt sie als ein solcher Kompromiss aus Zentralplanung und Markt, aus Demokratie und der Diktatur des Proletariates. Wenn nämlich der Kapitalismus die These und der «Reale Sozialismus» wirklich seine Antithese gewesen wäre, so hätte es zwischen ihnen, so meinten viele, eine zukunftsweisende «Synthese», einen vielversprechenden «Dritten Weg» geben müssen.[3]
Aber wäre eine solche Synthese überhaupt denkmöglich? Kann es zwi-

schen Totalitarismus und Demokratie überhaupt einen Kompromiss geben? Können wir uns einen «halbtotalitären» oder einen «halbdemokratischen» Staat vorstellen? Wohl kaum! Zwischen diesen Dingen gibt es keinen denkbaren Kompromiss. Dieser theoretischen Einsicht entsprach die politische Praxis. Hätte die Sozialdemokratie nämlich tatsächlich zwischen der These des Kapitalismus und der angeblichen Antithese des «Realen Sozialismus» balancierend den Kompromiss suchen müssen, dann hätte sich der «Reale Sozialismus» auch positiv auf die politischen Geschicke der Sozialdemokratie ausgewirkt. Je mächtiger er geworden wäre, um so mächtiger hätte, in seinem Schlepptau, auch die europäische Sozialdemokratie werden müssen. In der Praxis war das aber genau umgekehrt.

Programmatisch war der «Reale Sozialismus» für die österreichische Sozialdemokratie irrelevant. In der Praxis, in der Alltagspolitik hat er ihr geschadet. Je mächtiger und erfolgreicher die Sowjetunion zu sein schienen, um so nachdrücklicher musste sich die österreichische Sozialdemokratie von ihr distanzieren. Geriet die Sozialdemokratie mit Vorschlägen auch nur irgendwie in die Nähe von dem, was auch Kommunisten anzustreben schienen, dann wurde diese Zufälligkeit von der konservativen Propaganda sofort und zum Nachteil der Sozialdemokratie ausgeschlachtet.[4]

Der sogenannte «Reale Sozialismus» im Osten Europas war kein solcher. Er war keine fortschrittliche, er war eine nach rückwärts blickende Ordnung. Er hat freilich den Anspruch erhoben, etwas anderes zu sein. Obwohl seinem Wesen nach ein orientalisch-despotisches System, trat er in der Hülle von «Volksdemokratien» auf. Er erhob also den Anspruch, weit demokratischer zu sein als die nur «formalen» westeuropäischen Demokratien. Er beanspruchte für sich demnach, über die blosse Sozialdemokratie hinauszugehen. So hat der «Reale Sozialismus», unter falschem Namen und falschem Anspruch operierend, die politische Entfaltung der Sozialdemokratie behindert.

Die These Fukoyamas ist also unhaltbar, wonach der «Reale Sozialismus» ein echter Widerpart, eine echte «Antithese» zu Marktwirtschaft und Demokratie war. Daher war und ist auch die Sozialdemokratie nicht irgend ein Kompromiss zwischen den beiden Systemen – dem kommunistischen und dem kapitalistischen. Was war und ist sie aber dann? Einige ihrer früheren und übersteigerten Ansprüche sind ja offenbar schon seit langem nicht haltbar:

– So ist die Sozialdemokratie gewiss keine Heilslehre. Sie weiss um ihre Grenzen und verspricht daher nicht endgültige Erlösung und Befreiung. Sie verspricht nicht den «neuen Menschen». Sie akzeptiert den alten Adam und weiss, dass sie ihm viele Fragen, wie die nach dem letzten Sinn seines Lebens, nicht beantworten kann. Die Sozialdemokratie ist kein Religionsersatz.[5]

– Die Sozialdemokratie ist dann nicht revolutionär, wenn man – wie das wohl naheliegt – den Begriff «Revolution» mit dem Gedanken an Gewalt verknüpft. In seiner letzten Rede und als ihm der Martin-Luther-King-Preis verliehen wurde, hat Bruno Kreisky, sozusagen als letztes Vermächtnis, die Einsicht mitgegeben, dass nur unblutige, nur gewaltfreie Revolutionen erfolgreich sein können.

Gewalt heisst Druck von oben oder von der Strasse. Etwas Neues kann aber nicht über Druck, es kann nicht als Zwangsbeglückung entstehen. Neues entsteht aus spontanen Bedürfnissen. Es entsteht durch eine stetige Fortentwicklung der Demokratie und nicht durch deren Einengung.

– Die Sozialdemokratie bezeichnet sich manchmal als «Partei im historischen Sinn». Das wäre dann irreführend, wenn mit dieser Bezeichnung der Anspruch verbunden wird, dass die Partei, sozusagen vom Geiste der Geschichte getragen, sich über die Anforderungen der Tagespolitik erheben könnte. Die Sozialdemokratie ist aber nur eine von mehreren demokratischen Parteien. Sie hat sich im Wettkampf mit anderen Parteien zu bewähren. Sie ist nicht vor Gefahren gefeit, denen auch Parteien ausgesetzt sind, die Macht ausüben. Sie ist nicht gefeit vor der Gefahr der Sklerotisierung, des Machtmissbrauches, sie ist nicht immun gegen das Auf und Ab der öffentlichen Meinung.

– Schliesslich ist die Sozialdemokratie zwar programmorientiert.[6] Aber ihr Programm ist nicht unabänderlich. Es ist der laufenden Revision ausgesetzt. So muss es immer wieder relativiert und in Frage gestellt werden.

All das ist nicht neu. All das wurde oft gesagt. Es gibt keinen Mangel an entsprechenden Erklärungen und Darstellungen, die das zum Gegenstand haben, was die Sozialdemokratie alles nicht ist. Vielleicht ist darüber die nüchterne Analyse dessen zu kurz gekommen, was sie im positiven Sinn verkörpert.

Zunächst ist sie einmal, wie schon erwähnt, eine von mehreren Parteien und zudem eine zumeist mächtige. Sowohl im Europaparlament der Europäischen Gemeinschaft wie auch in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates stellt die Sozialdemokratie die mandatstärkste Gruppe.

Es gibt eine Theorie, derzufolge Parteien nichts anderes als Grossunternehmen sind, die – ohne irgendwelchen Prinzipien zu folgen – um Dominanz auf dem politischen Markt kämpfen und die versuchen, ihre Stimmen zu maximieren.[7] Diese Funktion der Parteien ist für die Politik ebenso unersetzlich, wie die Funktion von Unternehmen für die Wirtschaft unersetzlich ist. So wie Unternehmen die Produktivkräfte bündeln und strukturieren, so bündeln und strukturieren die grossen Parteien die politischen Kräfte.

Es ist nun zu fragen, ob die Sozialdemokratie hier völlig ungebunden ist und ob sie sich mit beliebigen Inhalten füllen könnte. Wäre es so, dann wäre der Sozialdemokratie ein Programm nichts anderes als eine beliebige auswechselbare Werbestrategie, die man auch beliebig dem wechselnden Geschmack der Konsumenten, also der Wähler, anpassen könnte. Fordern die Wähler etwas mehr Grün, dann wird man eben grüner. Fordern sie mehr Beton und Maschinen, dann wird man eben zum technisch-wirtschaftlich orientierten «Macher».

Einige schlagen für die Sozialdemokratie tatsächlich ein solches völlig ungebundenes Taktieren vor. Sie können sich darauf berufen, dass ja auch die Partei als solche viele Eigenheiten verliert, die sie früher von anderen Parteien unterschieden hatte. Genauso wie andere Parteien, wäre auch die Sozialdemokratie von der Revolution in der Kommunikationstechnologie beeinflusst – von den Massenzeitungen und vor allem vom Fernsehen. Man folgert, dass auch die Sozialdemokratie nun gezwungen wäre, von ihrem früheren Selbstverständnis abzurücken. Sie sei nicht länger eine in sich geschlossene Massenbewegung, sondern von der übrigen Gesellschaft und insbesondere von den Medien abhängig. Überhaupt sei die Zeit der Massenbewegungen vorbei. Man geht nicht mehr zu Grossversammlungen. Der Fernsehapparat ist an die Stelle dieser Versammlungen und der Journalist an die Stelle des Vertrauensmannes getreten.

Nun hat sich hier tatsächlich viel geändert. Die alten Organisationsformen sind vielfach unpassend. Oft entsprechen sie nicht mehr dem Wunsch der Wähler, nicht als Masse, als Kollektiv, sondern als Einzelperson angesprochen zu werden.[8] Auch das Programmatische steht heute nicht mehr so im Vordergrund. Demgegenüber sei es wichtiger, welche Persönlichkeiten die Partei präsentiert.

Diese Veränderungen betreffen alle grossen Parteien, alle, die als grosse «Firmen» versuchen, eine möglichst grosse Zahl von politischen Konsumenten, also Wählern, an sich zu binden.

Aber – sind grosse Parteien in der Wahl der entsprechenden «Marktstrategie» nun wirklich völlig ungebunden? Könnte etwa eine sozialdemokratische Partei sich tatsächlich jedes beliebige politische Ziel setzen, wenn und solange die Meinungsumfragen bestätigen, dass sie damit beim Durchschnittswähler «richtig liegt»? Gibt es also neben diesem Eingehen auf die öffentliche Meinung überhaupt noch eine kohärente, spezifische, unverwechselbare sozialdemokratische Identität? Gibt es einen inneren Zusammenhang zwischen einzelnen Positionen, die zu diesem und jenem Thema vertreten werden? Oder ist das alles ad hoc zusammengebraut und nur mehr auf den jeweiligen Publikums- und Wählergeschmack abgestimmt?

Die Frage lässt sich leicht aus der politischen Erfahrung beantworten. Sicher sind alle hochentwickelten Gesellschaften «Marktwirtschaften». Aber zwischen diesen Marktwirtschaften gibt es grosse Unterschiede: es gibt das Gesellschaftsmodell des Thatcherism, es gibt das Gesellschaftsmodell der jungen Industriestaaten Japan und Korea; und es gibt nicht zuletzt das Modell der sozialdemokratisch geprägten Gesellschaften in Zentraleuropa und Skandinavien.

Die Unterschiede zwischen diesen Modellen sind offensichtlich. Sie werden spontan zur Kenntnis genommen. Sie liefern Material für einen Grossteil der politischen Auseinandersetzung: soll man – so wie in Grossbritannien – deregulieren und privatisieren; oder soll man sich vielmehr in der Wirtschafts- und Sozialpolitik an skandinavischen Vorbildern orientieren? Soll man sich für die Industriepolitik das Vorbild in Japan, oder soll man das Vorbild vielmehr in den USA oder gar in Finnland suchen? Um die Wahl zwischen diesen Modellen geht es in der tatsächlichen Politik. Die sozialdemokratisch geprägten Staaten, wie etwa die skandinavischen, präsentieren in ihrer Politik also ein Bündel von Massnahmen und Zielvorstellungen, die in sich offenbar kohärent sein müssten – sonst würden sie eben nicht spontan als «Modell» gewertet. Man könnte sonst nicht von einem «skandinavischen Weg» sprechen.[9]

Dieser Kohärenz in der Politik entspricht eine Kohärenz von Wert- und Zielvorstellungen bei den sozialdemokratischen Wählern. Wenn man einen Mann auf der Strasse anspricht und ihm einige politische Fragen stellt, dann wird sich der so Befragte schon nach wenigen Antworten politisch einordnen lassen. Wenn er sagt, dass er den Zuzug von Ausländern ablehnt, dass er die Vereinten Nationen für einen üblen Verein hält, dass in den Schulen mehr Zucht und Ordnung herrschen müsse, dann würde es wohl erstaunen, wenn er auf die nächste Frage antwortete, dass er die volle Emanzipation der Frauen und in den Betrieben verstärkte Mitbestimmung begrüsst. Man wird zu Recht erwarten, dass er auch die volle Emanzipation der Frauen ablehnt und stärkere Hierarchien nicht nur in den Schulen, sondern auch in den Betrieben für nützlich und unerlässlich hält. Man erwartet also, dass sich aus diesen Antworten ein kohärentes politisches Menschen- und Weltbild ergibt – in diesem Fall eben das Weltbild eines Konservativen.

Sein Spiegelbild wäre der Linksliberale, der Sozialdemokrat – also jemand, der die Fragen umgekehrt beantwortet: jemand, der sich vor Ausländern nicht fürchtet, der die internationale Zusammenarbeit stärken möchte; der für eine möglichst freie Entfaltung der Kinder eintritt; für effektive Emanzipation der Frauen; für mehr Mitbestimmung der Arbeitnehmer, usw. Auch diese Wertungen und Zielvorstellungen, die einen Sozialdemokraten definieren, sind unwidersprüchlich, sind kohärent.

Was gibt ihnen diese Kohärenz? Wohl gewisse grundsätzliche Überzeugungen, gewisse Annahmen über die Natur des Menschen und der Gesellschaft. Vor allem die folgenden:
– der liberale Glaube an die grundsätzliche Rationalität,
– der Glaube an die Möglichkeit von echtem Fortschritt,
– der Glaube an die grundsätzliche Gleichwertigkeit von Menschen,
– der Glaube an die Möglichkeit von kollektivem Handeln.

Für eine Reformpartei wie die Sozialdemokratie ist das Konzept von Fortschritt zentral. Konservative fürchten, dass das Heute schlechter als das Gestern ist und dass das Morgen noch übler sein könnte. Reformer müssen demgegenüber daran glauben, dass das Morgen besser als das Heute sein kann und dass sich diese Verbesserungen durch politische Massnahmen erreichen lassen. Reformer müssen notwendigerweise von der Möglichkeit des Fortschrittes überzeugt sein.

All diese Einstellungen und Annahmen teilt die Sozialdemokratie mit den Liberalen. Von ihnen unterscheidet sie sich durch drei zusätzliche Hypothesen über die Natur der Gesellschaft und des gesellschaftlichen Fortschrittes. Sie meint:
1. dass die Wirtschaft der Motor des Fortschrittes ist,
2. dass ein wirtschaftlicher Fortschritt dennoch gefährdet wäre, wenn er nicht mit einem breiten gesellschaftlichen Fortschritt verknüpft ist, und
3. dass diese Gefahren zu einem guten Teil aus der Ungleichheit im Wohlstand und in den effektiven Entfaltungsmöglichkeiten erwachsen, die teils vorhanden sind und die teils immer wieder aufs neue entstehen.

Weil sie sich für gesellschaftlich-sozialen Fortschritt und für eine Beseitigung von Ungleichheit einsetzt, wird der Sozialdemokratie oft vorgeworfen, wirtschaftsfeindlich zu sein. Diese Kritik geht offenbar davon aus, dass der soziale und gesellschaftliche Fortschritt sozusagen gegen die Wirtschaft und zu Lasten der Wirtschaft durchgesetzt werden muss. Die Befriedigung sozialer Anliegen wäre eine Hypothek auf der Wirtschaft. Sie brächte einen Wachstumsverlust. Aus politischen Gründen, über Druck von Linksparteien und um den Zerfall der Gesellschaft in einander feindliche Lager[10] zu vermeiden, sei man aber bereit, diesen Wachstumsverlust in Kauf zu nehmen.

Lassen wir auch hier die Theorie beiseite und blicken wir uns statt dessen in der Welt um. Lässt sich aus dieser praktischen Sicht die Vermutung bestätigen, wonach das Bemühen um gesellschaftlichen Fortschritt und sozialen Ausgleich das Wirtschaftswachstum hemmt? Keineswegs und im Gegenteil. Dort, wo der Fortschritt auf das eng Wirtschaftliche beschränkt bleibt, dort ist er im allgemeinen gefährdet: Grossbritannien und die USA zum Beispiel stecken in einer ernsten und mehr als kurzfristigen Krise. Es hat zwar unter Präsident Reagan und Margret Thatcher punktuelle Ansätze für Wirtschaftswachstum gegeben. Aber am Ende ihrer Amtszeiten war es dann dennoch schlechter um jene Dinge bestellt, die einem wirklich lang dauernden Wirtschaftswachstum Voraussetzung sind: wie Spar- und Investitionsraten[11], ein wirksames Erziehungssystem, eine moderne Infrastruktur usw.

Besser ist vergleichsweise die Lage in jenen Staaten, in denen – oft über den Druck der Linksparteien – dem wirtschaftlichen Fortschritt auch ein gesellschaftlich-sozialer Fortschritt entsprochen hatte. Die Erklärung dafür ist nicht schwer zu finden. Auch das Wirtschaften ist eine gesellschaftlich bestimmte Tätigkeit. Die Fertigkeiten, Einstellungen, das Wissen und Engagement der Mitarbeiter ist die für den wirtschaftlichen Erfolg die bei weitem wichtigste Voraussetzung. Sie wird sehr weitgehend nicht von der Wirtschaft selbst geschaffen, sondern im Wege über die Politik. Linke Reformparteien sorgen also – wenn man so will – für jene notwendigen Investitionen in «Humankapital», die von der Wirtschaft allein nicht vorgenommen würden. Die Sozialdemokratie fördert demnach das Wirtschaftswachstum.

Andererseits aber fördert eine dynamische Wirtschaft auch die Sozialdemokratie: In Zeiten wirtschaftlicher Depression sind die Menschen ängstlich. Sie blicken nicht nach vorne, sondern rückwärts. Sie werden konservativ. Wenn es hingegen aufwärts geht, wenn sich die Menschen sicher fühlen, dann sind sie zukunftsoffen, dann sind sie liberal und progressiv. In Zeiten eines guten Wirtschaftswachstums floriert das Linksliberale; in Zeiten der Wirtschaftsdepression das Rechtskonservative. Politisches Klima und Wirtschaftsklima beeinflussen sich also wechselseitig. Die Sozialdemokratie hat demnach ein sehr unmittelbares politisches Interesse an einer dynamischen Wirtschaft. In Österreich war sie jedenfalls traditionell die Wachstumspartei.

Zentral- und Osteuropäer werden von solchen Thesen eher überrascht sein. Sie entsprechen ja nicht gerade den Ratschlägen, mit denen sie in den letzten beiden Jahren so grosszügig versorgt wurden. Man hat ihnen ja hinlänglich oft erklärt, dass für Wirtschaftswachstum nichts anderes als ein funktionierender Markt notwendig sei und dass das Wachstum um so schneller einsetzen würde und um so rascher wäre, je freier die Märkte sich entfalten könnten.

Das ist nun eine These, der sich die Sozialdemokratie gewiss nicht anschliesst. Sie schätzt zwar den Nutzen von Märkten, aber sie vertraut ihnen nicht blind. Sie weiss auch, dass Märkte nicht von selbst entstehen und funktionieren, sondern dass auch das durch die Politik garantiert werden muss.

Die Sozialdemokratie hat daher in ihrer wirtschaftlichen Praxis keine Scheu gehabt, Märkte bewusst zu schaffen oder aber bestehende Märkte durch verschiedene Massnahmen zu beeinflussen, zu steuern oder zu ergänzen. Die konservativen Gegner

der Sozialdemokratie halten das zumeist für unangebracht. Sie sind davon überzeugt, dass die unsichtbare Hand des Marktes ohnehin alles zum besten regelt; und dass grösstmögliche wirtschaftliche Abstinenz das einzige sei, das man sinnvollerweise vom Staat fordern sollte.

Die Wirtschaftsgeschichte zeigt, dass diese Sicht der Dinge unrealistisch ist. Überall dort, wo es einen raschen und lang andauernden Wirtschaftsaufschwung gegeben hat, geschah das nicht unbeeinflusst, sondern unter massiver Mithilfe des Staates. Das war so in Deutschland, in Japan, in Korea; ja das war auch so selbst in den USA und in Grossbritannien.

Heute vertritt also nicht die reformerische Linke eine ideologische Position, sondern vielmehr der Konservativismus. Er hält an Thesen fest, die er gar nicht an der Wirklichkeit testen will. Seine Forderungen sind auch deshalb ideologisch, weil sie nicht auf den praktischen Erfolg abstellen, sondern auf die Durchsetzung abstrakter Prinzipien.[12]

Nachdem es sich gerade einer Ideologie entledigt hat, stellt sich also Zentral- und Osteuropa – durchaus mit westlicher Komplizenschaft – die Versuchung einer neuen Ideologie. Sie ist sicher weniger menschenverachtend als die alte. So wie die alte verstellt aber auch sie den Ausblick auf die Wirklichkeit, so verlangt auch sie Opfer nicht unter Verweis auf praktische Notwendigkeiten, sondern unter Verweis auf «eherne Gesetze». Demgegenüber ist die Sozialdemokratie ideologiefrei und wirtschaftspolitisch pragmatisch.[13]

Auch diese Behauptung stellt die hergängige Meinung auf den Kopf. Meistens wurden und werden die Dinge ja umgekehrt gesehen. Demzufolge wäre die Sozialdemokratie in wirtschaftlichen Dingen sowohl unerfahren wie auch ideologisch verbohrt; die Konservativen würden sich demgegenüber durch Nüchternheit und Sachkenntnis auszeichnen.

Untersuchen wir diese widersprechenden Behauptungen am Beispiel Österreichs: Es scheint, dass – zumindest in Österreich – die Sozialdemokratie in der Wirtschaft tatsächlich nicht ideologisch abstrakte Ziele verfolgt hat, sondern das jeweils Notwendige verlangt und durchgesetzt hat, ohne an starren Konzepten festzuhalten und ohne ein für allemal gültige Patentlösungen anzubieten.

Unmittelbar nach Kriegsende hat man zum Beispiel die Hochöfen in Linz abreissen und ans Ausland verkaufen wollen. Die Sozialdemokratie hat sich quergelegt. Sie wollte diese Industrien erhalten. Das war dann auch sehr nützlich. Die verstaatlichte Industrie mit ihrem Schwerpunkt im Stahlbereich war bis in die frühen achtziger Jahre eine der Säulen der österreichischen Wirtschaft.

Als die Amerikaner in der Nachkriegszeit sehr grosszügig Hilfe gewährten (im übrigen weit grosszügiger als heute Hilfe an Zentral- und Osteuropa gewährt wird), wurde diskutiert, wie diese Hilfe verwendet werden soll. Nur für private Investitionen? Oder auch planmässig für den Aufbau der Infrastruktur, den Aufbau der Elektrizitätswerke, den Aufbau der Eisenbahnen usw.? Die Sozialdemokratie hat sich durchgesetzt. Es gab diesen planmässigen Ausbau der Infrastruktur.

Das ganze hat sich in den siebziger Jahren wiederholt. Hier ging es dann um eine zweite Welle von infrastrukturellen Investitionen im Strassenbau, bei den öffentlichen Gebäuden und im Kommunikationswesen und vor allem im Bereich der Bildung. Auch diese zweite Modernisierungswelle war von den Sozialdemokraten getragen.

Die Sozialdemokratie stand schliesslich hinter jenem stillschweigenden Wachstumspakt, dem Österreich seinen doch recht beachtlichen wirtschaftlichen Erfolg verdankt.[14] Die Prinzipien sind einfach. Die Arbeiterschaft verzichtet auf die kämpferische Forderung nach Umverteilung von Einkommen und Vermögen – unter der Voraussetzung allerdings, dass die Gewinne der Unternehmen tatsächlich grösstenteils investiert werden. Auch um das zu kontrollieren, verlangt sie dafür sowohl betriebliche wie auch überbetriebliche – also volkswirtschaftliche – Mitbestimmung.

Dieser Pakt hat der Wirtschaft genützt. Er hat eine angebotsorientierte Politik ermöglicht. Er hat vor allem erlaubt, auf deflationäre Massnahmen zu verzichten: Wollte man Inflation oder ein übermässiges Abströmen von Kaufkraft ins Ausland verhindern, so musste man dazu nicht auf die «Bremse» steigen. Man musste die Wirtschaft nicht zum Stillstand bringen. Man konnte sie vielmehr weit schonender dadurch stabilisieren, dass die Lohnforderungen zurückgesteckt wurden.

In der wirtschaftspolitischen Praxis hat sich die Sozialdemokratie also besser bewährt als ihre konservativen Gegner. Sie hat sich in ihrer Praxis nicht auf eine Ideologie gestützt und hat der Ideologisierung des Marktes keine gegenläufige Ideologie entgegengesetzt. Sie war pragmatisch. Das heisst freilich nicht, dass sie ohne Grundsätze war oder dass sie sich nicht an spezifischen Wertvorstellungen orientiert hätte. Sie orientierte sich an den Werten der Weltoffenheit, der Liberalität, der Freiheit; aber auch an den Werten der gesellschaftlichen Solidarität; dem Glauben an die Gleichwertigkeit der Menschen und an deren Recht auf maximale Selbst- beziehungsweise Mitbestimmung.

Woher ergibt sich dieser Gleichklang zwischen sozialdemokratischer wirtschaftspolitischer Praxis, sozialdemokratischen Werten und Wirtschaftswachstum? Dahinter steckt wohl mehr als die erwähnte Tatsache, dass in einer florierenden Wirtschaft die Sozialdemokratie besser gedeiht. Ich stelle dazu folgende These auf: Die oben erwähnten sozialdemokratischen Werte setzen sich in der Praxis gewiss nicht von selbst durch. Das verlangt vielmehr einen ständigen politischen Kampf. Dieser Kampf wird gegen die Kräfte des Beharrens

geführt – gegen die Vertreter von Privilegien und Hierarchie, gegen die Stimmung von Zukunftsangst und Missgunst.[15]

Dieser Kampf richtet sich aber nicht gegen die Prinzipien der modernen «postindustriellen» Gesellschaft.

Dieser sind die erwähnten sozialdemokratischen Grundwerte vielmehr sehr angemessen. Sie sind ihr «funktional»: Gesellschaften mit grossen sozialen Unterschieden, mit sehr ungleichem Informations- und Ausbildungsgrad, Gesellschaften, in denen sich die Beschäftigten nicht aktiv und spontan an der Produktion beteiligen, diese Gesellschaften können eben nur schwer wirklich moderne sein.

Das erklärt auch die, fürs erste überraschende Feststellung über die Umkehrung der Rolle zwischen Sozialdemokratie und Konservativismus – die Feststellung, dass der Konservativismus ideologisch und die Sozialdemokratie pragmatisch agiert. Die Sozialdemokratie fühlt sich in der Wirklichkeit der postindustriellen Gesellschaften im wesentlichen zu Hause, nicht so die Konservativen. Deren Wirklichkeitsverneinung entspricht deren wirklichkeitsverzerrender Ideologie, die eben eine andere als jene Ordnung schaffen möchte, die den postindustriellen Gesellschaften angemessen ist.

Welche Lehren kann Zentral- und Osteuropa aus diesen Überlegungen, aber auch aus der Praxis der westeuropäischen Sozialdemokratie ableiten? Zunächst wohl die einer Skepsis gegenüber wohlfeil angebotenen Patentlösungen. Statt an diesen sollte man sich besser an dem Beispiel jener Staaten orientieren, die wirtschaftlich erfolgreich waren.

Die österreichischen Erfahrungen etwa lehren den Nutzen der Einbindung der Arbeiterschaft. Sie warnen vor der Vorstellung, dass ein Wachstum erst nach einem völligen wirtschaftlichen Kahlschlag beginnen kann. Die österreichischen Erfahrungen würden vielmehr vermuten lassen, dass existierende Betriebe zweckmässigerweise zu reformieren und so weit und so lange wie möglich beizubehalten wären und dass sie nur dann aufzugeben wären, wenn dies wirklich unausweichlich geworden ist. Die österreichische wie auch die Erfahrung anderer westeuropäischer Staaten zeigt die begrenzte Rolle von Auslandsunternehmen. Sie sind zwar zumeist willkommen. Ausländische Investoren werden auch in Westeuropa umworben.

Aber man darf damit keine allzu hohen Hoffnungen verbinden. Irland, das hauptsächlich auf ausländische Unternehmen gesetzt hat, befindet sich heute in einer weitaus ungünstigeren Lage als Finnland oder Österreich, die sich doch in erster Linie auf die eigenen Kräfte und die eigenen Unternehmen gestützt hatten.

Solche Beispiele haben für die Staaten Zentral- und Osteuropas dennoch nur beschränkte Aussagekraft. Die ehemals kommunistischen Staaten befinden sich nämlich in einer Lage, für die es in der Geschichte nichts Vergleichbares gibt. Es gibt keinen Präzedenzfall für den Übergang von einer zentral geplanten zu einer modernen, weltoffenen Wirtschaft: Kein Präzedenzfall sind etwa die Wirtschaftsreformen in Lateinamerika. Aber selbst die Umstellung von einer Kriegs- zu einer Friedenswirtschaft im Nachkriegseuropa kann nur wenige Anleitungen für die jetzt notwendigen Umformungen liefern.[16] Daher sind selbstverständlich auch die Nachkriegserfahrungen Österreichs nur beschränkt auf Zentral- und Osteuropa anwendbar. Unter solchen Umständen sind Offenheit nach allen Seiten und Pragmatismus die wichtigsten wirtschaftspolitischen Tugenden. Die einzige halbwegs gesicherte Einsicht ist die, dass diese Tugenden wohl eher bei der Sozialdemokratie zu finden sind.

Anmerkungen:

1) Francis Fukuyama: «The End of History». National Interest. Sommer 1989; auch Thomas Nowotny: «Die endlose Geschichte». Europäische Rundschau, Winter 1990.

2) Beachtlicherweise hat der «Reale Sozialismus» gerade dort versagt, wo er meinte, dem Kapitalismus besonders überlegen zu sein – nämlich im Bereich der Wirtschaft. Der technologische Abstand zwischen dem östlichen und dem westlichen Wirtschaftsraum hat sich – zum Nachteil des ersteren – laufend vergrössert und betrug zum Schluss ca. 15 Jahre (F. Levcik: «Der technologische Rückstand in den RGW-Ländern» WIIW. August 1989).

3) Einige Linksparteien und einige ihrer Intellektuellen haben zwar versucht, sich programmatisch zwischen dem Kommunismus und dem demokratischen Sozialismus anzusiedeln. Das taten nicht nur Wortführer der «Dritten Welt», sondern in Österreich auch einige Austromarxisten. So ist zum Beispiel die «zweieinhalbte Internationale» (Intern. Arbeitsgem. Sozial. Parteien) ein Versuch eines solchen Kompromisses zwischen der kommunistischen (dritten) und der sozialdemokratischen Internationale gewesen. Sie ist gescheitert. Rein theoretisch blieben auch die Überlegungen Otto Bauers zum «Integralen Sozialismus», der Elemente des bolschewistischen und des sozialdemokratischen Systems vereinen hätte sollen. Otto Bauers intellektueller Erbe in der Zweiten Republik – Josef Hindels – blieb mit seinen an Otto Bauer orientierten Ansichten eine ob seiner Integrität respektierte, aber programmatisch völlig irrelevante Randerscheinung.

4) Der Vorwurf, in der Nähe des Kommunismus zu agieren, gehörte ins Standardrepertoire der konservativen Wahlpropaganda in Österreich: Im «Sack» der Sozialdemokratie würde man unversehens auch die «Rote Katze» des Kommunismus kaufen. Damit und mit ähnlichen Parolen hat die ÖVP fast alle Wahlen seit 1945

bestritten. Die letzte Version dieser Unterstellung war der vor den Nationalratswahlen 1990 unternommene Versuch, den Wählern zu suggerieren, dass der im Osten gescheiterte «Sozialismus» artverwandt oder gar wesensgleich mit der österreichischen Sozialdemokratie sei und diese damit sozusagen nur mehr ein lebendes Fossil einer zum Untergang bestimmten Gattung.

5) Eine völlige Absage an einen sich weltanschaulich definierenden Sozialismus findet sich zum Beispiel im Parteiprogramm von 1978. Dahinter steckt mehr als der Wunsch, der Kirche hier keine Konkurrenz zu machen und mit ihr ein gedeihliches Verhältnis zu suchen, sondern wohl zuvorderst die Erkenntnis, dass methaphysische Heilslehren zur Totalität drängen und daher mit Demokratie nicht vereinbar sind.

6) Norbert Leser («Das Salz der Gesellschaft», Wien 1988) meint zwar, dass auch in der Sozialdemokratie Programme relativ unwichtiger werden und einen geringeren Stellenwert haben als Persönlichkeiten und die tatsächliche politische Praxis der wahlwerbenden Partei. Soweit darin eine Empfehlung liegt, ist diese These gefährlich. Wie weiter unten ausgeführt, ist gerade einer Reformpartei das Programmatische wesentlich. Ohne klare Programme verlöre sie langfristig ihre politische Identität.

7) Joseph Schumpeter: «Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie», 6. Auflage UTB 1987, sowie Anthony Downs. «An Economic Theory of Democracy», New York 1957.

8) Man kann darüber diskutieren, ob diese Entwicklungen ein Mehr an Demokratie bringen. Sicher aber werden durch sie die Einrichtungen der repräsentativen Demokratie geschwächt. Die gewählten Vertreter sind in ihren Entscheidungen heute weniger ungebunden, und müssen sich verstärkt an dem (durch laufende Umfragen erhobenen) Wählerwillen orientieren. Auch ist der Zugriff direkter geworden, den verschiedene Interessengrupen, Aktionsgemeinschaften, Bürgerinitiativen usw. auf die Politik haben. (M. Kondracke: «Sound Bite Democracy», New Republic, Dez. 1988). Wahrscheinlich geht der Politik aber dadurch die Steuerungsfähigkeit verloren. Die Schwächung der grossen Parteien und des repräsentativen Charakters der Politik bringt also wahrscheinlich eher einen Verlust als einen Zuwachs an Gestaltungsmöglichkeit und breiter, demokratischer Mitbestimmung. Aufgewertet wird durch diese Entwicklungen nicht «das Volk», sondern die Medien und einzelne Interessengruppen.

9) So wird zum Beispiel die Sozialpolitik der skandinavischen Staaten von den Neokonservativen geradezu leidenschaftlich bekämpft. Schweden sei durch seine Sozialpolitik zu einem «neu-totalitären Staat» geworden. Der emotionale Aufwand einer solchen heftigen Polemik wäre ungerechtfertigt, sähen die Neokonservativen in Schweden nur einen folgenlosen Einzelfall. Aber das ist er weder für Anhänger noch für Gegner. Schweden ist eben ein Modell; ist Beispiel für eine politische Option.

10) Eine neue und gefährliche gesellschaftliche Spaltung erwächst aus dem Entstehen einer neuen «Unterklasse» («underclass»). Die «underclass» besteht aus Armen, die sich von der übrigen Gesellschaft aber nicht nur durch ihre Armut, sondern auch dadurch abheben, dass sie völlig verschiedene Verhaltensmuster haben und sich daher in diese Gesellschaft auch mit staatlicher Hilfe nur schwer integrieren lassen. Für das Entstehen und Wachsen dieser Klasse machen die Neo-Konservativen die staatliche Sozialpolitik verantwortlich. Erst die Sozialpolitik hätte es den Menschen ermöglicht, sich von der übrigen Gesellschaft abzusondern. Ohne Sozialhilfe und Arbeitslosenversicherung müssten auch sie sich nach den Normen richten, die die übrigen Bürger beachten (C. Murray: «Losing Ground», New York 1984). Dieses Argument ist wenig überzeugend. Die «underclass» entsteht wohl weniger durch die staatliche Sozialpolitik, sondern vielmehr durch die Mechanik der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Entwicklung (Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Kriminalität und Drogenabhängigkeit usw.).

11) Der konservativen Wirtschaftsphilosophie zufolge hätten durch die neue Wirtschaftspolitik die Reichen zwar reicher werden sollen. Sie hätten aber dann auch mehr gespart und investiert. Das hätte die Wirtschaft insgesamt belebt; und wäre damit letztlich allen nützlich gewesen. Diese Erwartung hat sich nicht erfüllt. Zwar sind unter Präsident Reagan die Reichen tatsächlich reicher geworden. Sie haben aber nicht mehr gespart und investiert. Die persönliche Sparrate ist vielmehr zurückgegangen.

12) Ideologisch und nicht pragmatisch motiviert ist auch das Streben nach «Privatisierung» um jeden Preis. Sowohl staatliche wie auch private Firmen können einerseits gut geführt, kosteneffektiv und dynamisch sein; und andererseits kostenaufwendig und schlecht geführt. Privatisierung allein ist noch keine hinreichende Garantie für grössere Wirtschaftlichkeit. Private Spitäler zum Beispiel arbeiten kostenaufwendiger als öffentliche. (D. Light, «Corporate Medicine for Profit», Scientific American, Dez. 1986).

13) Pragmatischer agiert die Sozialdemokratie in der Wirtschaftspolitik vor allem deshalb, weil sie auch ein pragmatischeres Verhältnis zum Staat hat, und nicht jenes feindliche, das Konservative auszeichnet. Nun wird der Staat (unabhängig von allen politischen Konjunkturen, in denen man das einmal hinnimmt und das andere Mal verdammt) für die Wirtschaft immer bedeutsamer Es wächst so zum Beispiel der Dienstleistungssektor. In diesem Sektor aber wieder besonders rasch jene Bereiche, die zumeist vom Staat betreut werden (Erziehung, Gesundheit, allgemeine Verwaltung, Transport- und Versorgungsunternehmen).

[14]) Übrigens hat die SPÖ nicht nur die Investitionen im öffentlichen Bereich gefördert, sondern auch die privaten Investitionen. Die staatlichen Aufwendungen für diese Förderung waren beträchtlich (E. Kitzmantel: «Steuerliche Investitionsförderung in Österreich. Umfang und Wirkung». In: Der Öffentliche Sektor. 1/86).

[15]) Eine fortschrittliche Partei muss den Kräften der «schöpferischen Zerstörung» (J. Schumpeter) Raum geben. Es ist eine Illusion, dass diese Kräfte nur im eng wirtschaftlichen Bereich wirken. Sie wirken auch im gesellschaftlich-politischen (eine neue Politik – ein neuer Politiker setzt sich an die Stelle einer alten Politik oder eines alten Politikers; so wie sich in der Wirtschaft ein neues Produkt an die Stelle eines alten Produktes setzt). Man könnte durchaus argumentieren, dass die Politik oft rascher auf geänderte Umstände reagiert als grosse Unternehmen.

[16]) Zum Beispiel Felix Butschek: «Austrifizierung der Oststaaten auch in der Wirtschaftspolitik?». Europäische Rundschau, Jänner 1990.

Seit Lenin hat man ja viel Spitzfindigkeit darauf verwendet, Karl Marx auf den Kopf zu stellen und zu erklären, warum diese angebliche Antithese nicht dort entstanden ist, wo der Kapitalismus – wie in England oder Deutschland – schon weit entwickelt war, sondern in Russland, wo er kaum erst begonnen hatte. Diese Spitzfindigkeiten sind heute als solche erkennbar.

aus «Die Sozialdemokratie» von Thomas Nowotny

Der Basler AZ Verlag stellt vor:

QUERGÄNGERIN

Um den Themenbereich Frauen und Geschlechtergeschichte an die Basler Öffentlichkeit zu tragen, beschlossen wir, eine Gruppe von Historikerinnen und Geschichtsstudentinnnen, gemeinsam ein Stadtrundgang-Projekt zu realisieren.
Im Herbst/Frühjahr 1989/1990 wurde innerhalb von sechs Monaten eine zweistündige Veranstaltung konzipiert. Dabei bildeten Seminar- und Lizentiatsarbeiten sowie Dissertationen mit Lokalbezug und frauengeschichtlicher Thematik einen wichtigen Teil der verarbeitenden Literatur. Doch nicht selten war auch ein Gang ins Staatsarchiv nötig, um direkt mit Quellen zu arbeiten. «Frauenarbeit» wurde schliesslich zum «roten Faden» des Stadtrundganges und bildet auch den inhaltlichen Schwerpunkt dieser Publikation. Das Thema schien uns auch geeignet, Gegenwartsbezüge zu schaffen, sind doch die Arbeitsverhältnisse von Frauen heute Gegenstand verschiedener politischer Diskussionen. Der Rundgang vom Sommer 1990 streift folgende Einzelthemen: die Prostitution, das Leben der Beginen, die Situation der als Hexen angeklagten Frauen, die Dienstbotinnen, die Fabrik- und Heimarbeiterinnen sowie die hausierenden Sandverkäuferinnen. Der Arbeitsalltag dieser Frauen aus der Unterschicht stand dabei im Mittelpunkt unseres Interesses; der zeitliche Schwerpunkt liegt im 19. Jahrhundert.

Die grosse Nachfrage nach einer «Broschüre» von seiten des Publikums hat uns dazu angespornt, eine Dokumentation zu den Themen des Rundgangs zusammenzustellen. Bildmaterial, Quellentexte und Hintergrundinformationen sollen die erwähnten Beiträge veranschaulichen und vertiefen. Die «Quergängerin» will aber auch an traditionellen Geschichtsbildern rütteln und zur weiteren Beschäftigung mit der weiblichen Vergangenheit anregen.

Basel, im Juli 1991
Patrizia Bernasconi
Brigitta Gerber
Katharina Huber
Anja Huovinen
Sabina Kumschick
Franziska Lauper
Martina Lichtsteiner
Maya Natarajan

Bestelltalon: **«Quergängerin»**

Name: Vorname:

Strasse: PLZ, Ort:

Unterschrift:

Preis pro Exemplar Fr. 20.– (Bitte in Blockschrift schreiben)

Einsenden an:
Administration «Basler AZ Verlag», Postfach, 4002 Basel